

Minister referiert zu Windenergie und E-Mobilität

POLITFRÜHSTÜCK Olaf Lies zu Gast beim SPD-Ortsverein Esens – Entscheidend ist die Akzeptanz eines jeden Einzelnen

Wer gegen erneuerbare Energie sei, würde auch den Verlust von Arbeitsplätzen hinnehmen.

ESENS/AH/HÄ – Das Mehrgenerationenhaus in Esens war voll besetzt. Der SPD-Ortsverein hatte Umweltminister Olaf Lies zum zweiten politischen Frühstück eingeladen. Die Themen Windenergieausbau und E-Mobilität trafen das Interesse der Zuhörer.

Lies erläuterte, dass es längst nicht mehr darum gehe, zu streiten, ob eine Energiewende nötig sei, sondern dass sie bereits im vollen Umfang laufe. Die Klimaziele von Paris seien überhaupt nur noch zu erreichen, wenn jetzt in großem Maßstab etwas geschehe. Die Berechnungen für den Strombedarf zum Beispiel zeigen, dass dieser steige, und auch Länder außerhalb Deutschlands Wohlstand erreichen wollten und dürften, was aber mit der zwingenden Notwendigkeit alternativer Energien einhergehen müsse, teilt Fokko Saathoff mit.

Wer heute den Klimawandel und seine Folgen wie den Meeresspiegelanstieg bestreite, leugne wissenschaftlich bewiesene Entwicklungen und mache



Windenergieausbau und -nutzung sowie die E-Mobilität waren die zentralen Themen des zweiten Politfrühstücks des SPD-Ortsverbandes Esens. Als Referent zu Gast war Umweltminister Olaf Lies (3. v. r.).

BILD: SPD ESENS

ein zielführendes Gespräch unmöglich, habe Lies in seinem Statement betont. Das konnten die Teilnehmer des politischen Frühstücks dann auch aktuell erleben. Deutschland habe sich verpflichtet, bis 2030 zu 55 Prozent aus erneuerbaren Quellen zu produzieren, was die stärkere Nutzung von Windkraftanlagen und Photovoltaik erfordere. Das brauche die Akzeptanz in der Gesellschaft,

die dann die Interessen des Einzelnen auch hinten anstellen müsse. Am Beispiel des Ruhrgebietes habe Lies deutlich gemacht, dass es nicht zusammengehen könne, einerseits für grüne Energie zu sein oder Mobilität ohne CO₂-Emission, und zugleich gegen jede Windanlage, jede Schiene zu klagen. Gerade bei der Windenergie geschehe seit zwei Jahren fast nichts mehr im Anlagenbau – und das

würde bedeuten, dass Deutschland seine Klimaziele nicht einhalten kann. Möglich, so Lies weiter, sei dies durch eine größere Beteiligung der Bevölkerung an diesen Projekten, durch Bürgerwindparks, die tatsächlich auch die Bürger am wirtschaftlichen Gewinn beteiligen.

Für Kommunen sei es auf dem Weg, dass sie, wenn sie Flächen für Windparks bereit-

stellen, mit zwei Prozent an den Erträgen der Windenergie beteiligt werden sollen – ein Anreiz und eine Einnahme, die dann an die Bürger zurückfließen könne.

Im Bereich der Elektromobilität plädierte Lies dafür, mehrere Wege gleichzeitig zu verfolgen wie zum Beispiel E-Mobilität für Nutzer, die immer nur kurze Strecken fahren, aber auch Züge, Busse und Autos mit Wasserstoff-

brennzellen, die große Reichweiten erzielen. Auch der Öffentliche Personennahverkehr müsse weiter ausgebaut werden. Entscheidend für den Umweltminister sei die Akzeptanz eines jeden, dass es Lösungen geben muss und dass sie den einzelnen auch etwas kosten, selbst wenn es Wählerstimmen koste.

Wer gegen erneuerbare Energie sei, würde auch den Verlust von Arbeitsplätzen hinnehmen. Die Planung in Emden, jährlich 700 000 E-Autos zu bauen, brauche die Vorbereitung der Region für Ladestationen und vieles mehr. Wenn eine Region aber wegen des Widerstands einmal abgehängt sei, dann ließe sich das nicht so schnell wieder reparieren. Wenn hier aber viel geschehe, dann könne die Erfahrung mit grüner Energie in Bussen und Bahnen für die Millionen Urlauber hier auch eine Werbung sein, die sie nach Haus mitnehmen würden.

Klar sei, das habe die abschließende Diskussion gezeigt, dass Klimaziele jetzt bundesweit und in der Region umgesetzt werden müssen, auch wenn es Änderungen in oft lieb gewordenen Selbstverständlichkeiten bedeute.

„Windkraftbetreiber wollten mich am Reden hindern“

Betrifft: Minister Olaf Lies bei der SPD Esens, Ausgabe vom 25. September

Den Artikel zum SPD-Besuch von Minister Lies würde ich gerne ergänzen, um es höflich auszudrücken. Ich habe dabei als parteiloser Gast etwas anderes erlebt als im harmonisierten Bericht steht. Ich stellte mich als Mitarbeiter des Wattenrates und des windkraftkritischen Vereins „Vernunftkraft“ vor. Themen waren laut SPD-Ankündigung die Windenergie und die Umgehungsstraße Bensorsiel. Als ausgewiesener Windkraftkritiker meldete ich mich zu Wort und stellte Lies einige Fragen, z.B. wie er seine Aussage beim Berliner „Windgipfel“ begrün-

de: „Windenergie ist Klimaschutz ist Artenschutz“. Mein Einwand: Immerhin kämen durch rund 30 000 Windkraftanlagen abertausende Vögel und vor allem Fledermäuse ums Leben. Aus dem Publikum erntete ich dafür höhnisches Gelächter. Ich legte nach, wie es Lies mit der Windenergie – die bekanntlich nur wetterabhängig einspeisen kann, deshalb heißt sie so – anstellen wolle, das Wetter und in Folge das Klima zu beeinflussen. Minister Lies verkündete zum gesundheitsschädlichen tieffrequenten Infraschall, dass auch Eisenbahnen und geöffnete Autofenster während der Fahrt Infraschall verursachten. Infraschall aus Windkraftanlagen

sei jedoch nicht gesundheitsschädlich, so der Minister.

Zum angeblich dramatisch ansteigenden Meeresspiegel führte ich aus, das dieser seit 12 000 Jahren nach der letzten Weichsel-Kaltzeit ansteige, mit derzeit 1,7 mm im Jahr laut Universität Siegen, und dass die Pegel von Norderney und Cuxhaven keinen beschleunigten Anstieg anzeigten. Meine in Zeiten der Klimahysterie nur zeitgeistig politischen unkorrekten Ausführungen führten zu Unruhe und Gebrüll von anwesenden Windkraftbetreibern aus Stedesdorf, die mich am Reden hindern wollten. Details beim Wattenrat www.wattenrat.de. Die Umgehungsstraße wurde aus Zeitgründen nicht mehr

thematisiert. Ich übergab Lies daher im persönlichen Gespräch einen Protokollauschnitt einer Bauausschusssitzung der Stadt Esens von 2009, aus dem hervorgeht, dass Fördergelder aus dem Landesbauprogramm dann nicht gezahlt werden dürfen, wenn eine Normenkontrollklage gegen ein Projekt anhängig ist. Das war aber der Fall bei der Umgehungsstraße. Dennoch flossen in der CDU-FDP-Regierungszeit von Christian Wulff und Landtagspräsident Hermann Dinkla (CDU) 5,4 Millionen Euro Fördergelder für den Straßenbau. Lies sagte zu, das in Hannover zu erörtern.

Manfred Knake
Holtgast